

L 8 AL 3197/14

Land

Baden-Württemberg

Sozialgericht

LSG Baden-Württemberg

Sachgebiet

Arbeitslosenversicherung

Abteilung

8

1. Instanz

SG Mannheim (BWB)

Aktenzeichen

S 13 AL 1988/13

Datum

25.06.2014

2. Instanz

LSG Baden-Württemberg

Aktenzeichen

L 8 AL 3197/14

Datum

29.01.2016

3. Instanz

Bundessozialgericht

Aktenzeichen

-

Datum

-

Kategorie

Urteil

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 25.06.2014 wird zurückgewiesen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist im vorliegenden Rechtsstreit ein Anspruch des Klägers auf eine Förderung der beruflichen Weiterbildung zum "Wirtschaftsfachwirt-IHK" nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) streitig.

Außerdem sind beim Landessozialgericht weitere Berufungsverfahren des Klägers wegen einer beruflichen Weiterbildung mit dem Bildungsziel eines europäischen Computerführerscheins (ECDL), eines europäischen Wirtschaftsführerscheins Stufe A (EBC*), eines Kurses über Grundlagen der Buchhaltung sowie eines Kurses Business-Englisch mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Technik (Az.: [L 8 AL 3708/14](#)) sowie einer beruflichen Weiterbildung mit dem Berufsziel eines Lehrgangs zur Betriebswirtschaftslehre (BWL), zum Ein-/Verkauf/Marketing, zu Einkauf I bis III und Logistik I bis III (Az.: [L 8 AL 3284/15](#)) anhängig.

Der im Jahre 1975 geborene Kläger verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann. Nach Abschluss der Berufsausbildung war der Kläger bei verschiedenen Firmen tätig, zuletzt vom Juli 2010 bis Juni 2011 bei der Ergo Versicherungsgruppe bzw. bezog zeitweise Krankengeld und von der Beklagten Arbeitslosengeld I (Alg) nach dem SGB III.

Am 28.12.2012 meldete sich der Kläger bei der Beklagten (wiederum) mit Wirkung zum 28.12.2012 arbeitslos und beantragte Alg. Nach Einholung eines Gutachtens des ärztlichen Dienstes der Beklagten vom 05.02.2013, in dem Dr. P. zu einer vollschichtigen Leistungsfähigkeit des Klägers für schwere Tätigkeiten gelangte, bewilligte die Beklagte dem Kläger mit Bescheid vom 15.02.2013 (und nachfolgenden Änderungsbescheiden, zuletzt Änderungsbescheid vom 30.12.2013) ab 28.12.2012 Alg in Höhe von täglich 24,70 EUR mit einer Anspruchsdauer von 360 Kalendertagen. Für die Zeit vom 02.12.2013 bis 28.03.2014 bewilligte die Beklagte (Agentur für Arbeit Mannheim) dem Kläger außerdem zuletzt mit Bescheid vom 30.12.2013 Leistungen für die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme beim Bildungszentrum M. e.K., alfatraining, "SAP Führerschein" Modul 9, die wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten des Klägers um vier Wochen verlängert wurde (Schreiben des alfatraining Bildungszentrums vom 23.12.2013). Der Leistungsbezug des Klägers bei der Beklagten endete mit Ablauf des 23.04.2014. Seit 01.10.2014 bezieht der Kläger Leistungen von der Beigeladenen nach dem SGB II.

Am 08.04.2013 beantragte der Kläger (per E-Mail) bei der Beklagten (Agentur für Arbeit M.) eine Qualifizierung zum Wirtschaftsfachwirt (IHK). Mit Bescheid vom 25.04.2013 lehnte die Beklagte die Förderung einer beruflichen Weiterbildung mit dem Bildungsziel Wirtschaftsfachwirt (IHK) ab, da es an der Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung mangle, um den Kläger in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Im Übrigen würde eine Qualifizierung zum Wirtschaftsfachwirt die Integrationschancen des Klägers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht verbessern. Die Interessen des Klägers müssten im Rahmen der Ermessensausübung gegenüber denen der Beitragszahler zurücktreten.

Hiergegen legte der Kläger Widerspruch ein. Er machte zur Begründung geltend, die Weiterbildung sei notwendig, um ihn beruflich einzugliedern und seine weitere Arbeitslosigkeit abzuwenden, da er seit mehr als vier Jahren nicht mehr im erlernten Ausbildungsberuf tätig sei. Durch eine geforderte Aufnahme eines Fernstudienganges im Bereich Wirtschaftsfachwirt (IHK) würden sich die Vermittlungschancen erheblich verbessern.

Mit Widerspruchsbescheid vom 11.06.2013 wies die Beklagte den Widerspruch des Klägers zurück. Anhaltspunkte für eine falsche Entscheidung seien weder genannt noch aus den Unterlagen ersichtlich. Im angefochtenen Bescheid vom 25.04.2013 sei im Rahmen einer Ermessenserwägung ausführlich dargelegt worden, warum dem Antrag nicht entsprochen werden können.

Hiergegen erhob der Kläger am 21.06.2013 beim Sozialgericht Mannheim (SG) Klage (Az.: [S 13 AL 1988/13](#)).

Mit weiterem Bescheid vom 25.09.2013 lehnte die Beklagte einen Antrag des Klägers vom 03.09.2013 auf Förderung der beruflichen Weiterbildung für das Bildungsziel Wirtschaftsfachwirt (IHK) wiederum ab. Der hiergegen vom Kläger eingelegte Widerspruch, mit dem der Kläger eine nicht mehr ausreichende Qualifizierung für eine kaufmännische Anstellung und eine ganz erhebliche nachhaltige Verbesserung seiner Vermittlungschancen durch eine Weiterbildung zum Wirtschaftsfachwirt (IHK) geltend machte (Schriftsatz vom 28.09.2013), wurde mit Widerspruchsbescheid der Beklagten vom 30.09.2013 wiederum zurückgewiesen.

Hiergegen erhob der Kläger am 14.08.2013 Klage beim SG (Az.: S 13 AL 3487/13). Mit Beschluss vom 29.10.2013 wurde diese Klage zum Verfahren [S 13 AL 1988/13](#) zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden.

Der Kläger wiederholte zur Begründung seiner Klagen im Wesentlichen sein Vorbringen im Widerspruchsverfahren, und machte ergänzend geltend, seit September 2013 seien keinerlei Vermittlungsbemühungen der Beklagten speziell im Bereich- und Außenhandel zu verzeichnen bzw. ihn bei der Vermittlung entsprechend zu unterstützen. Eine Vermittlung im kaufmännischen Bereich habe keinen Erfolg. Es sei erkennbar, dass eine Vermittlung in den von der Beklagten angeführten Bereich nicht möglich sei. Die Weiterbildung zum Wirtschaftsfachwirt (IHK) sei zu gewähren. Der Kläger legte zum Beleg seines Vorbringens E-Mails vor. Der Leistungsbezug von Alg werde am 22.04.2014 enden.

In der nichtöffentlichen Sitzung am 28.10.2013 hörte das SG den Kläger an. Der Kläger legte insbesondere einen Lebenslauf sowie Zeugnisse früherer Arbeitgeber vor. Auf die Niederschrift des SG vom 28.10.2013 wird Bezug genommen.

Auf richterliche Verfügung des SG legte die Beklagte eine Liste offener Stellen für Handelskaufleute im Bereich M. vor (Schriftsatz vom 05.12.2013). Hierzu äußerte sich der Kläger (Schriftsätze vom 31.01.2014 und 22.02.2014).

Mit Urteil vom 25.06.2014 wies das SG die Klagen ab. Zur Begründung wurde ausgeführt, hinsichtlich der angefochtenen Bescheide vom 25.04.2013 und 25.09.2013 lägen in der Sache zwei identische Klagen vor. Es handle sich um einen Streitgegenstand. Die Notwendigkeit der angestrebten Weiterbildungsmaßnahme sei nicht zu bejahen. Die von der Beklagten getroffene Beschäftigungsprognose sei nicht zu beanstanden. Mit seiner abgeschlossenen Berufsausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann und seiner Berufserfahrung in diesem Bereich habe der Kläger gute Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Damit lägen bereits die tatbestandlichen Voraussetzungen für die begehrte Weiterbildungsmaßnahme nicht vor, weshalb es auf die Frage der rechtmäßigen Ausübung von Ermessen nicht ankomme. Weiter sei darauf hinzuweisen, dass die Bewilligung im pflichtgemäßen Ermessen der Beklagten stehe und dass eine Ermessensreduzierung auf Null nicht gegeben sei.

Gegen das dem Kläger am 30.06.2014 zugestellte Urteil richtet sich die vom Kläger am 30.07.2014 eingelegte Berufung. Der Kläger hat zur Begründung der Berufung geltend gemacht, die Beklagte habe trotz der zunächst erfolgten Empfehlungen, ihm eine passgerechte Weiterbildung zu suchen, um seine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern, da er nach mehr als 4 Jahren unqualifizierter Beschäftigung in seinem erlernten Berufsbild nur schlecht vermittelbar sein würde, die beantragte Weiterbildung zum Wirtschaftsfachwirt (IHK) abgelehnt. Arbeitsvermittlerinnen der Agentur für Arbeit hätten sich auf ermessenslenkende Weisungen bezüglich der beruflichen Weiterbildung berufen, wonach die beantragte Weiterbildung hätte abgelehnt werden müssen. Der Kläger legte insbesondere mit der Beklagten per E-Mail geführten Schriftverkehr vor.

Der Kläger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 25.06.2014 und den Bescheid der Beklagten vom 25.04.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11.06.2013 sowie den Bescheid vom 25.09.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.09.2013 aufzuheben und die Beklagte, hilfsweise den Beigeladenen zu verpflichten, ihm eine berufliche Weiterbildung zum Wirtschaftsfachwirt IHK durch Übernahme der Weiterbildungskosten zu fördern, hilfsweise zu verpflichten, hierüber unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Der Rechtsstreit ist in der nichtöffentlichen Sitzung am 10.04.2015 durch den Berichterstatter erörtert worden, den der Kläger trotz Anordnung seines persönlichen Erscheinens nicht wahrgenommen hat. Hierzu wird auf die Niederschrift vom 10.04.2015 Bezug genommen. Der Kläger hat zur Entschuldigung seines Nichterscheinens gesundheitliche, insbesondere psychische Einschränkungen, geltend gemacht und hierzu das ärztliche Attest des Dr. R. vom 17.03.2015 vorgelegt (E-Mail vom 17.04.2015).

Mit richterlicher Verfügung vom 07.07.2015 ist der Kläger um Vorlage einer Entbindungserklärung von der ärztlichen Schweigepflicht wegen beabsichtigter medizinischer Ermittlungen zu seinem Gesundheitszustand gebeten worden. Hiergegen hat sich der Kläger mit Einwendungen und Rügen gewandt (E-Mail vom 05.10.2015). Dem Kläger ist daraufhin die Vorlage einer Entbindungserklärung freigestellt worden (Senatsschreiben vom 15.10.2015). Ergänzend hat der Kläger mitgeteilt, er befinde sich seit September 2015 bis Mitte Oktober 2015 in einer Rehabilitationsmaßnahme (Schriftsatz vom 25.09.2015).

Mit Beschluss vom 12.10.2015 hat der Senat das Jobcenter M. zum vorliegenden Verfahren beigeladen. Der Beschluss ist dem Beigeladenen am 19.10.2015 zugestellt worden. Eine Äußerung des Beigeladenen ist nicht erfolgt.

Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhaltes sowie des Vorbringens der Beteiligten, insbesondere des Klägers, wird auf die im vorliegenden Berufungsverfahren sowie in den Berufungsverfahren [L 8 AL 3708/14](#) und [L 8 AL 3284/15](#) angefallenen Gerichtsakten erster und zweiter Instanz sowie auf die Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Der Senat hat trotz Ausbleibens des Klägers und des Beigeladenen im Termin entscheiden können, denn die ordnungsgemäß geladenen Beteiligten waren mit der Ladung auf diese Möglichkeit hingewiesen worden ([§ 110 Absatz 1 Satz 2 Sozialgerichtsgesetz - SGG](#)).

Der Senat hat den Berufungsantrag des Klägers nach seinem erkennbaren Begehren sachdienlich gefasst.

Die gemäß [§ 151 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#) form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Klägers ist gemäß [§§ 143, 144 SGG](#) zulässig. Der Umstand, dass der Kläger zeitgleich in drei Berufungsverfahren die Förderung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen mit unterschiedlichen Bildungszielen geltend macht, führt nicht zur Unzulässigkeit seines Begehrens. Zwar ist es nicht möglich, zeitgleich eine Verurteilung der Förderung aller drei Förderungsmaßnahmen auszusprechen, insbesondere deshalb nicht, weil ein Rechtsanspruch auf die zeitgleiche Förderung mehrerer beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen mit unterschiedlichen Bildungszielen nach dem SGB III nicht vorgesehen ist, und es auch nicht möglich ist, mehrere Förderungsmaßnahmen zeitgleich durchzuführen, wozu zudem auch keine Veranlassung gegeben ist. Gleichwohl führt dies nicht zur Unzulässigkeit des Begehrens des Klägers. Vielmehr ist jeweils (gesondert) zu prüfen, ob ein Anspruch des Klägers hinsichtlich der jeweiligen begehrten Förderungsmaßnahme besteht. Erst dann, wenn ein Anspruch für eine begehrte Förderungsmaßnahme gegeben ist, stellt sich die Frage der Erledigung der Hauptsache hinsichtlich der anderen Förderungsmaßnahmen und des Wegfalls des Rechtsschutzinteresses für diese beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen.

Aufgrund des Wechsels des Klägers in den Leistungsbezug nach dem SGB II im Verlaufe des Rechtsstreites hat sich der Rechtsstreit nicht erledigt. Nach dem Meistbegünstigungsprinzip ist eine Verurteilung des nunmehr zuständigen Jobcenters in Betracht zu ziehen (vgl. auch Eicher/Schlegel, SGB III, § 22 Rn. 75 m.w.N.; Landessozialgericht Sachsen, Urteil vom 26.05.2011 - [L 3 AL 120/09](#) -, juris, für den umgekehrten Fall des Wechsels aus dem Bezug von Leistungen nach dem SGB II zum SGB III). Dem hat der Senat durch die nach [§ 75 Abs. 2 2. Alt. SGG](#) erfolgte Beiladung Rechnung getragen. Hierauf kommt es jedoch letztlich nicht entscheidungserheblich an. Denn die Berufung des Klägers ist im Hauptantrag wie im Hilfsantrag nicht begründet. Der streitgegenständlichen Bescheide der Beklagten vom 25.04.2013 und 25.09.2013 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 11.06.2013 und 30.09.2013 sind rechtmäßig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten. Das angefochtene Urteil des SG ist (jedenfalls im Ergebnis) nicht zu beanstanden.

Rechtsgrundlage des vorliegend streitigen Anspruches ist [§ 81 SGB III](#) - in der Fassung der mit Wirkung vom 01.04.2012 erfolgten Neuregelung durch Art. 2 Nr. 18 des Gesetzes vom 20.12.2011 ([BGBl I 2854](#)) -. Nach Abs. 1 dieser Vorschrift können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei beruflicher Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn 1. die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist, 2. die Agentur für Arbeit sie vor Beginn der Teilnahme beraten hat und 3. die Maßnahme und der Träger der Maßnahme für die Förderung zugelassen sind. Als Weiterbildung gilt die Zeit vom ersten Tag bis zum letzten Tag der Maßnahme mit Unterrichtsveranstaltungen, es sei denn, die Maßnahme ist vorzeitig beendet worden. Nach Abs. 2 dieser Vorschrift wird die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen fehlenden Berufsabschlusses, wenn sie 1. über einen Berufsabschluss verfügen, jedoch auf Grund einer mehr als vier Jahre ausgeübten Beschäftigung in an- oder ungelernter Tätigkeit eine dem Berufsabschluss entsprechende Beschäftigung voraussichtlich nicht mehr ausüben können, oder 2. nicht über einen Berufsabschluss verfügen, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne einen solchen Berufsabschluss, die noch nicht drei Jahre beruflich tätig gewesen sind, können nur gefördert werden, wenn eine Berufsausbildung oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme aus in ihrer Person liegenden Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist. Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege eines Angehörigen der Pflegestufe I bis III stehen Zeiten einer Beschäftigung nach Satz 1 Nummer 1 gleich.

Hiervon ausgehend erweist sich sowohl der Hauptantrag als auch der Hilfsantrag des Klägers als nicht begründet. Denn eine Ermessensreduzierung auf Null liegt nicht vor und die die Notwendigkeit der streitigen Weiterbildungsmaßnahme zur beruflichen Eingliederung ist nicht erwiesen, wie sich aus dem Urteil des Senats vom heutigen Tag im Berufungsverfahren des Klägers [L 8 AL 3284/15](#) ergibt. Der Senat hat in diesem Urteil ausgeführt: "1. Der vom Kläger gestellte Hauptantrag auf Verurteilung der Förderung der beruflichen Weiterbildung mit dem Bildungsziel Betriebswirtschaftslehre (BWL), Ein-/Verkauf-/Marketing, Einkauf I bis III und Logistik I bis III durch Übernahme der Weiterbildungskosten, ist unbegründet. Denn bei der von ihm erstrebten Förderungsmaßnahme handelt es sich nach dem Wortlaut des [§ 81 SGB III](#) ("können) um eine Ermessensleistung. D.h. sowohl das "Ob" als auch der Umfang der Leistung stehen im Ermessen des zuständigen Leistungsträgers und begründen damit lediglich einen Rechtsanspruch darauf, dass der zuständige Leistungsträger seiner Pflicht zur Ermessensausübung pflichtgemäß nachkommt (vgl. Hassel in Brand, SGB III, 7. Aufl., Rn. 45; LPK-SGB III § 81 Rn. 8 ff, m.w.N.). Selbst wenn die normativen Tatbestandsvoraussetzungen für die Förderung einer beruflichen Weiterbildung vorliegen, bedarf es deshalb auf der Rechtsfolgenseite noch einer Ermessensentscheidung durch den zuständigen Leistungsträger, ob eine Förderung (und in welchem Umfang) erfolgt. Ein die begehrte Weiterbildungsmaßnahme ablehnender Bescheid ist daher mit der kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage anzugreifen (vgl. BSG, Urt. vom 18.05.2010 - [B 7 AL 22/09 R](#) -, SozR 4-4300 § 77 Nr. 5). Ein Anspruch des Klägers auf Verurteilung zu der begehrten Förderung der beruflichen Weiterbildung bestünde nur, wenn die vom Leistungsträger zu treffende Ermessensentscheidung auf "Null" zu Gunsten des Klägers reduziert wäre, d.h., wenn keine andere Ermessensentscheidung als die Gewährung der Förderung der beruflichen Weiterbildung ermessensfehlerfrei getroffen werden kann. Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall (vgl. unten 2.).

2. Der Hilfsantrag des Klägers, über die streitige Förderung der beruflichen Weiterbildung unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden, ist ebenfalls nicht begründet. Denn dem Förderungsbegehren des Klägers steht bereits entgegen, dass die Notwendigkeit der streitigen Weiterbildungsmaßnahme zur beruflichen Eingliederung nicht erwiesen ist. Dies ist nach [§ 81 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III](#) aber unabdingbare Voraussetzung für die Förderung einer Weiterbildungsmaßnahme. Eine Notwendigkeit im genannten Sinne kann indes nur bejaht werden, wenn ein Eingliederungserfolg mit hinreichender Sicherheit vorausgesagt werden kann (BSG [SozR 4-4200 § 16 Nr. 1](#); BSG, Urteil vom 01.06.2010 - [B 4 AS 63/09 R](#) -, juris; BSG [SozR 4-4300 § 77 Nr. 1](#); Hengelhaupt in Hauck/Noftz, K § 81 Rn. 87 ff., m.w.N.). Hierzu gehört auch die Prognose, ob der Teilnehmer für die Ausübung des angestrebten Berufs persönlich, d.h. insbesondere unter Beachtung seiner intellektuellen Fähigkeiten, seiner Persönlichkeitsstruktur sowie etwaiger gesundheitlicher (physischer und psychischer) Beeinträchtigungen, geeignet ist (vgl. BSGE 39, 291 = SozR 4100 § 36 Nr. 5; BSG, Urteil vom 03.11.1976 - [7 RaR 52/75](#) -, juris). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, ob eine persönliche Eignung des Klägers für die erstrebte berufliche Weiterbildungsmaßnahme besteht (vgl. LSG

Baden-Württemberg, Urteil vom 12.11.2015 - [L 7 AS 5471/13](#) -, juris; LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 06.10.2010 - [L 12 AS 35/09](#) -, juris, dem SG Köln, Urteil vom 29.05.2009 - [S 22 AS 33/08](#) folgend). Dies kann beim Kläger nicht festgestellt werden. Denn es ist nicht erwiesen, dass er persönlich geeignet ist, die vorliegend streitige Weiterbildungsmaßnahme aufgrund seiner persönlichen Eignung und Fähigkeiten erfolgreich zu absolvieren. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die von ihm begehrte Weiterbildungsmaßnahme erfolglos sein wird, weshalb sich ein Eingliederungserfolg nicht hinreichend sicher voraussagen lässt, insbesondere dahin, dass durch begehrte Weiterbildungsmaßnahme die Eingliederungschancen verbessert werden können.

Nach den vom SG durchgeführten (medizinischen) Ermittlungen, die auf der Grundlage vom Kläger abgegebener Erklärungen von der ärztlichen Schweigepflicht erfolgt sind und denen deswegen keine Zweifel an der Verwertbarkeit entgegen stehen, liegt beim Kläger eine rezidivierende depressive Störung (gegenwärtig mittelgradige depressive Episode), soziale Phobien sowie eine narzisstisch vulnerable Persönlichkeitsstruktur vor, wie die Fachärztin B. in ihrer schriftlichen sachverständigen Zeugenaussage an das SG vom 24.04.2015 sowie nach ihrem vorgelegten Befundbericht vom 03.03.2015 diagnostiziert hat. Entsprechende Diagnosen haben auch Dr. F. in ihrer schriftlichen sachverständigen Zeugenaussage vom 29.05.2015 sowie Dr. R. in seiner schriftlichen sachverständigen Zeugenaussage vom 22.05.2015 mitgeteilt. Dr. F. nimmt in ihrer schriftlichen sachverständigen Zeugenaussage vom 29.05.2015 aufgrund der Vorunterlagen und des Befundes vom Juli 2014 beim Kläger eine Gefährdung der Erwerbsfähigkeit an. Auch Dr. R. erachtet die Erwerbsfähigkeit des Klägers aufgrund einer zunehmenden depressiven Reaktion wegen Ereignisse der letzten Jahre für erheblich gefährdet, sollte hier keine Veränderung erfolgen. Zwar geht die Fachärztin B. dagegen davon aus, dass eine erhebliche Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit des Klägers nicht bestehe und er grundsätzlich noch in der Lage sei, in seinem Beruf als Groß- und Außenhandelskaufmann noch regelmäßig ca. 8 Stunden täglich zu arbeiten. Dabei berücksichtigt die Fachärztin B. jedoch nicht hinreichend, dass nach ihren weiteren Angaben beim Kläger im November 2014 eine Zuspitzung der psychischen Symptomatik eingetreten ist, die nach ihrem eigenen Befundbericht vom 03.03.2015 eine zunehmende Beeinträchtigung in wesentlichen Lebensbereichen bewirkt, und die nach ihrer Ansicht aufgrund der Schwere und Persistenz eine stationäre psychosomatische Rehabilitationsmaßnahme wie auch eine anschließende ambulante Psychotherapie zum Erhalt und zur Vertiefung des durch die stationäre Maßnahme erreichten indiziert. Nur unter einer solchen adäquaten Behandlung nimmt die Fachärztin B. eine Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Klägers dahin an, dass Arbeitsfähigkeit erreicht wird. Damit geht die Ärztin B. von einer aktuell nicht bestehenden Arbeitsfähigkeit des Klägers aus. Nach der Befundbeschreibung der Ärztin B. bestehen beim Kläger Leistungseinschränkungen im Sinne einer depressiven Erschöpfungssymptomatik mit der Möglichkeit von Einschränkungen insbesondere hinsichtlich der kognitiven Funktionen und der Leistungskraft (vor allem Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeit). Soweit die Ärztin B. gleichwohl davon ausgeht, dass selbst bei Beschwerdepersistenz eine besondere qualitative Einschränkung bei einem Einsatz des Klägers als Groß- und Außenhandelskaufmann nicht vorliege, ist diese Einschätzung nicht überzeugend, weshalb der Senat dieser Einschätzung nicht folgen kann. Die Ärztin B. setzt sich in Widerspruch zu der von ihr angenommenen (aktuell bestehenden) Arbeitsunfähigkeit. Außerdem stützt sie ihre Einschätzung einer fehlenden qualitativen Einschränkung u.a. darauf, dass es dem Kläger möglich gewesen sei, den beruflichen Anforderungen bei der Versicherungsgruppe ERGO über einen längeren Zeitraum erfolgreich nachzukommen. Dabei lässt die Ärztin B. unberücksichtigt, dass nach dem vom Kläger zu den Akten gereichten beruflichen Werdegang seine Tätigkeit bei der ERGO Versicherungsgruppe bereits im Juni 2011 endete, wobei der Kläger zudem nach dem von ihm vorgelegten Zeugnis der ERGO Versicherungsgruppe vom 30.06.2011 ab Februar 2011 statt in Vollzeit nur noch in Teilzeit tätig war. Damit sind wesentliche Leistungseinschränkungen des Klägers festzustellen, die der Annahme entgegenstehen, dass der Kläger die vorliegend streitige Weiterbildungsmaßnahme aufgrund seiner persönlichen Eignung und Fähigkeiten erfolgreich absolvieren kann. Dies wird auch dadurch untermauert, dass der Kläger trotz Anordnung seines persönlichen Erscheinens in der nichtöffentlichen Sitzung am 10.04.2015 in den Berufungsverfahren [L 8 AL 3197/14](#) und [L 8 AL 2704/14](#) nicht erschienen ist. Er hat sein Nichterscheinen - unter Vorlage des ärztlichen Attestes des Dr. Rummel vom 17.03.2015 - maßgeblich damit entschuldigt, dass er aus gesundheitlichen Gründen, insbesondere wegen psychischer Einschränkungen, am Termin nicht persönlich teilnehmen könne (E-Mail vom 20.04.2015). Auch dies erweckt durchgreifende Zweifel daran, dass der Kläger die streitige Weiterbildungsmaßnahme erfolgreich absolvieren kann.

Dass beim Kläger eine Besserung seines psychischen Gesundheitszustandes eingetreten ist, die erwarten ließe, dass er die streitige Weiterbildungsmaßnahme erfolgreich absolvieren kann, kann nicht festgestellt werden. Zwar ist dem Senat aufgrund des Vorbringens des Klägers im Berufungsverfahren [L 8 AL 3197/14](#) bekannt, dass der Kläger sich im September bis Mitte Oktober 2015 in einer Rehabilitationsmaßnahme befunden hat (Schriftsatz vom 25.09.2015). Dass diese Rehabilitationsmaßnahme zu einer bedeutsamen Besserung des psychischen Gesundheitszustandes des Klägers geführt hat, ist nicht ersichtlich. Ermittlungen des Senats zum Ergebnis der Rehabilitationsmaßnahme blieben erfolglos. Die wegen des Entlassungsberichtes dieser Rehabilitationsmaßnahme vom Senat angeschriebenen behandelnden Ärzte des Klägers Dr. R., Dr. F. und die Ärztin B. haben den Reha-Entlassungsbericht nicht vorlegen können. In welcher Klinik die Rehabilitationsmaßnahme stattgefunden hat, ist dem Senat nicht bekannt. Entsprechende Angaben hat der Kläger unterlassen, obwohl hierzu für den Kläger aufgrund der Ermittlungen des Senats aller Anlass bestanden hat, die Klinik, in der die Rehabilitationsmaßnahme erfolgt ist, zu benennen. Vielmehr hat der Kläger unter Hinweis darauf, dass eine Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht durch ihn an den Senat zu keinem Zeitpunkt erfolgt sei, weitergehende medizinische Ermittlungen als lediglich prozessverzögernd in Frage gestellt (E-Mail vom 05.01.2016), und für eine Entbindung von der Schweigepflicht zum Zwecke weiterer Ermittlungen keinerlei weitere Veranlassung gesehen (E-Mail vom 29.12.2015). Diese Äußerungen hat der Senat als Widerruf der beim SG vorgelegten Entbindungserklärungen, die sich im Übrigen auf alle Rechtszüge der Sozialgerichtsbarkeit bezogen haben und entgegen der Ansicht des Klägers nicht auf das erstinstanzliche Verfahren beschränkt waren, gewertet. Damit kann eine wesentliche Besserung des Gesundheitszustandes des Klägers nicht festgestellt werden. Gegen eine wesentliche Besserung spricht auch das Vorbringen des Klägers, seine Rehabilitationsmaßnahme sei schwer gestört worden, da er auch während der Maßnahme von all dem ihn zunehmend belastenden Wahnsinn nicht frei werden können in seinem Kopf, was zu argen Beeinträchtigungen auch im Rehabilitationsprozess geführt habe (E-Mail vom 23.10.2015).

Damit erweist sich die von der Beklagten im streitgegenständlichen Bescheid - zur Begründung der ablehnenden Entscheidung - getroffene Prognose - die Feststellung einer hypothetischen künftig eintretenden Tatsache -, dass es an der Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung mangle, jedenfalls aus den oben dargestellten Gründen als zutreffend, weshalb bereits die tatbestandlichen Voraussetzungen des [§ 81 Abs. 1 Nr. 1 SGB III](#) für den vorliegend streitigen Anspruch auf Förderung der beruflichen Weiterbildung nicht gegeben sind. Ob der im angefochtenen Bescheid zur Begründung der Prognose herangezogene Gesichtspunkt; eine Qualifizierung durch die beantragte Maßnahme würde die Integrationschancen des Klägers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht verbessern, darüber hinaus das Prognoseergebnis ebenfalls trägt, muss der Senat nicht entscheiden. Maßgebender Zeitpunkt der entscheidungserheblichen Sach- und Rechtslage ist bei der vorliegenden Verpflichtungsklage der Zeitpunkt der letzten mündliche Verhandlung des Senats, da die Maßnahme

nicht aufgenommen worden ist (vgl. BSG, Urt. vom 11.05.2000 - [B 7 AL 18/99 R](#) -, juris, SozR 3-4100, § 36 Nr. 5). Zu diesem Zeitpunkt hat der Senat mit der erforderlichen richterlichen Überzeugungsgewissheit die fehlende Eignung des Klägers feststellen können, was das Prognoseergebnis der Beklagten bestätigt. Mangels Vorliegens der tatbestandlichen Voraussetzungen ist damit der Beklagten (auf der Rechtsfolgende) ein Ermessensspielraum nicht eröffnet, weshalb für eine Verurteilung der Beklagten nach dem Hauptantrag und gemäß dem Hilfsantrag kein Raum bleibt.

Unabhängig davon wäre der Hilfsantrag des Klägers auch unbegründet, wenn zu seinen Gunsten davon ausgegangen würde, die Anspruchsvoraussetzungen insbesondere des [§ 81 Abs. 2 Nr. 1 SGB III](#) lägen vor, wie der Kläger geltend macht. Denn zur Überzeugung des Senats ist nicht denkbar, dass eine von der Beklagten erneut zu treffende Ermessensentscheidung, trotz der beim Kläger festzustellenden Einschränkung seiner gesundheitlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere im Hinblick auf den zu beachtenden Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ([§ 7 Satz 1 SGB III](#)) zu Gunsten des Klägers ausfallen kann." Diese Ausführungen gelten inhaltsgleich auch für das vorliegend streitige Begehren des Klägers auf eine Förderung der beruflichen Weiterbildung zum "Wirtschaftsfachwirt-IHK". Gesichtspunkte, die eine dem Kläger günstigere Entscheidung rechtfertigen, liegen nicht vor.

Die Berufung des Klägers war daher im Haupt- wie im Hilfsantrag zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Rechtskraft

Aus

Login

BWB

Saved

2016-02-24